

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe
der PDS/Linke Liste
— Drucksache 12/3925 —

Die Bundeswehr und der Rechtsextremismus

Nach dem Bekanntwerden der Tatsache, daß 24 Angehörige der Bundeswehr an fremdenfeindlichen Anschlägen beteiligt waren, beteuerte General Klaus Naumann, daß es „keinen Platz für Radikale“ in der Bundeswehr geben dürfe (Bundeswehr aktuell, Nummer 88, 17. November 1992). Der Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühle, äußerte gar, daß diese Fälle „nicht heruntergespielt werden“ dürfen. General Naumann forderte eine „Erziehungsarbeit, die darauf angelegt sein muß, den Anfängen zu wehren“ (ebenda).

Im Widerspruch dazu steht jedoch die Tatsache, daß Repräsentanten der Bundeswehr durch ihr Verhalten, aber auch Publikationsorgane der Bundeswehr, eine ganz andere Erziehung betreiben.

So muß nach nur oberflächlicher Lektüre der Bundeswehrzeitung „Information für die Truppe – Zeitschrift für Innere Führung“ festgestellt werden, daß auch hier Ausländerfeindlichkeit propagiert wird und keinesfalls ein klarer Trennungsstrich zum Rechtsextremismus gezogen wird.

- In der Ausgabe 3/92 kann sich Clemens Range, der auch in der rechtsextremen Zeitung „Mut“ veröffentlicht, über „die drohende Völkerwanderung“ auslassen; der Autor bezieht sich dabei auf das Buch „Invasion der Armen“ des Berliner REP-Vorsitzenden.
- In der Ausgabe 2/92 kann Alfred Schickel, Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt, publizieren, der Mitarbeiter der rechtsextremen Zeitung „Europa vorn“ war.

Einige weitere Beispiele, die die Zusammenarbeit zwischen Rechtsextremisten und Bundeswehrangehörigen bzw. das Hoffähigmachen des Neofaschismus belegen:

- Georg Geismann, Dozent an der Bundeswehruniversität Neubiberg, so enthüllte der Historiker Michael Wolffsohn, hat „bisher dreimal, zuerst 1984 in der Universität selbst, dann 1987 und im Dezember 1991 an der Volkshochschule Neubiberg öffentliche Lesungen aus Hitlers ‚Mein Kampf‘ veranstaltet“ (Süddeutsche Zeitung, 12. Oktober 1992).
- Anlässlich des Totensonntags am 22. November 1992 wurde u. a. auch in Aachen wie in jedem Jahr der toten Soldaten der beiden Weltkriege gedacht. Zu einer Gedenkfeier am Ehrenmal lud der Vor-

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister der Verteidigung, Bernd Wilz, vom 22. Januar 1993 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

sitzende der Arbeitsgemeinschaft soldatischer Verbände Aachens (AGsV) ein. An diesem Gedenktag beteiligten sich u. a. eine Abordnung der Bundeswehr, Militärpfarrer sowie Mitglieder des Bundestages. Die diesjährige Gedenkansprache in Aachen hielt Frank Heimig von der rechtsextrem durchsetzten „Brünner Burschenschaft Libertas zu Aachen“. Diese Burschenschaft gehört zu den schlagenden Verbindungen mit den besten Kontakten zum rechtsextremistischen Lager.

- Die „Frankfurter Rundschau“ vom 28. November 1992 berichtet von einem Bundeswehrsoldaten aus Hameln, der in größerem Umfang militärische Ausrüstungsgegenstände, Munition, Rauch- und Blendgranaten aus Bundeswehrbeständen entwendet hat. Diese Waffen habe er auf Bestellung eines Rechtsextremisten, der mit ihm bei der Bundeswehr war, gestohlen.
- 1. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung aufgrund der Warnungen des Wehrbeauftragten im November 1991 über wachsende rechtsextreme Tendenzen in der Bundeswehr ergriffen, und wie bewertet die Bundesregierung den Erfolg dieser Maßnahmen?

Erste Anzeichen ausländerfeindlichen Verhaltens von Soldaten der Bundeswehr hatten den Generalinspekteur bereits im Oktober 1991 veranlaßt, die Kommandeure und Einheitsführer aufzufordern, diese Entwicklung sorgfältig zu beobachten, vorsorglich zu handeln und alle Möglichkeiten der Einflußnahme auf die ihnen anvertrauten Soldaten zu nutzen. Die Inspektoren der Teilstreitkräfte haben darüber hinaus den nachgeordneten Bereich schriftlich angewiesen, rechtsextremistischen Entwicklungen mit erhöhter Aufmerksamkeit zu begegnen und vor allem durch erzieherische Einwirkungen vorzubeugen.

Besondere Bedeutung kommt hierbei der politischen Bildung zu, die sich dieser Thematik im Rahmen von staatsbürgerlichen Unterrichts- und Seminarveranstaltungen verstärkt und konsequent widmen wird.

Über diese Maßnahmen im Bereich der politischen Bildung hinaus, wird die Aufklärung gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit durch entsprechende Beiträge in den Medien der Truppeninformation unterstützt werden.

Die Bundeswehr ist sich bewußt, daß dem Erfolg ihrer Bemühungen Grenzen gesetzt sind.

Es kann ihr sicher nicht immer gelingen, Versäumnisse von Elternhaus und Schule auszugleichen.

Von daher gilt es, angesichts der aktuellen Entwicklungen nicht nur die politische Bildungsarbeit innerhalb der Streitkräfte, sondern gleichermaßen auch in allen Bereichen der Gesellschaft nachhaltig zu verstärken.

- 2. Auf welche konkreten Vorfälle begründeten sich die Warnungen des Wehrbeauftragten vom November 1991?

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages nimmt seine Aufgaben als Hilfsorgan des Deutschen Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle wahr. In dieser Funktion wird er nach pflichtgemäßem Ermessen auch aufgrund eigener Entscheidung tätig.

Die konkrete Frage kann nur durch den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages beantwortet werden.

3. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung von dem geschilderten gemeinsamen Auftreten der Abordnung der Bundeswehr und der rechtsextrem durchgesetzten „Brünner Burschenschaft Libertas zu Aachen“?

An der Gedenkfeier am Totensonntag, 22. November 1992, haben auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft soldatischer Verbände Aachens (AGsV) der Standortälteste Aachen (zugleich Kdr VKK 314) sowie einzelne Soldaten teilgenommen. Der Standortälteste legte einen Kranz nieder.

Abweichend von der gemäß ZDv 10/8 möglichen Gestellung einer Ehrenformation der Bundeswehr war die Teilnahme auf die vorgenannten Soldaten beschränkt.

Ein „gemeinsames“ Auftreten mit der Brünner Burschenschaft Libertas hat es nicht gegeben.

4. Ist der Bundesregierung bekannt, daß Frank Heimig in seiner Rede „den Dienst an der Waffe begrüßt“ und Pazifismus als „unehrenhaftes, feiges Hinausstehlen aus der Verantwortung“ (Aachener Nachrichten, 23. November 1992) bezeichnet hat?
 - a) Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich die Brünner Burschenschaft Libertas zu Aachen „zur Wehrhaftigkeit“ bekennt, „da sie aus der Geschichte gelernt habe, daß nur ein wehrhaftes Volk sich auf Dauer behaupte“ (ebenda)?

Die Bundesregierung ist auf die Rede des Frank Heinig anlässlich des Totensonntags am 22. November 1992 erst durch die parlamentarische Anfrage aufmerksam geworden. Die Bundesregierung hat die Auffassungen der Brünner Burschenschaft Libertas zu Aachen aus dem ihr jetzt zur Verfügung gestellten Redemanuskript entnommen.

- b) Teilt die Bundesregierung diese Ansichten?

Nein.

Die Position der Bundesregierung ist der Regierungserklärung vom 30. Januar 1991 zu entnehmen:

„In einer Demokratie hängt gesicherte Verteidigungsfähigkeit nicht zuletzt vom staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtsein eines jeden einzelnen ab. Deshalb halten wir auch entschieden fest an der allgemeinen Wehrpflicht. Sie verbürgt die volle Integration der Streitkräfte in unsere Gesellschaft.

Aber auch umgekehrt gilt es, in unserer Gesellschaft das Bewußtsein dafür wachzuhalten, daß der Schutz unserer freiheitlichen Demokratie jeden angeht – und daß um des Friedens und der Freiheit willen auch Lasten in Kauf genommen werden müssen.“

5. Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Bundeswehr nicht nur die 24 „sehr, sehr häßlichen Fälle“ (Ulrich Twrsnick, Sprecher des Heeres der Bundeswehr) verurteilt, sondern jegliche Zusammenarbeit mit dem Rechtsextremismus unterbinden sollte?

Die Bundeswehr verurteilt jegliche Form von Extremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Der Generalinspekteur hat hierzu in seinem Schreiben vom 14. Oktober 1991 an alle Kommandeure und Einheitsführer der Bundeswehr festgestellt:

„Freiheit ist immer auch der Freiheitsanspruch des anderen. Toleranz und Freiheit gehören zusammen. Wer die Freiheit verteidigen soll, muß an ihr teilhaben, aber er muß auch selbst Toleranz üben und die Freiheit des anderen sichern.

Toleranz ist Voraussetzung für Demokratie. Sie erlaubt, Interessen- und Meinungsgegensätze auszutragen. Dies gehört zum demokratischen Alltag. Aber sie sind gewaltlos auszutragen und das heißt, nicht nur auf körperliche Gewalt und Hetze zu verzichten, sondern auch darauf, Mitbürgern Angst einzuflößen. In unserem Bemühen, anderen Staaten und Menschen bei der Sicherung der Menschen- und Bürgerrechte zu helfen, bleiben wir nur glaubwürdig, wenn wir ein solches Verhalten bei uns selbst und in unserem Land beweisen.“

6. Wie beurteilt die Bundeswehr die Tatsache, daß ein Dozent der Bundeswehruniversität Neubiberg öffentliche Lesungen aus Hitlers „Mein Kampf“ veranstaltet?

Prof. Dr. Georg Geismann hat letztmalig 1991 an der Volkshochschule Neubiberg unter dem im Veranstaltungskalender der Volkshochschule angekündigten Titel

„Prof. Geismann, Professor für politische Theorie und Wissenschaftslehre an der Universität der Bundeswehr, München, zeigt Irrsinn und Gefahr der Ideologie des Nationalsozialismus, indem er ausgewählte Stücke aus Hitlers „Mein Kampf“ und anderen Quellen vorträgt und anschließend zur Diskussion stellt“,

eine Lesung durchgeführt. Er hat inzwischen erklärt, daß derzeit keine weiteren Lesungen aus „Mein Kampf“ beabsichtigt seien.

7. Kann es nach Meinung der Bundesregierung verantwortet werden, daß Geismann trotz dieser Lesungen seit Anfang dieses Jahres Dekan der Universität ist?

Die Wahl in das Amt eines Dekans wird vom hierfür zuständigen akademischen Gremium als freie Entscheidung im Rahmen der akademischen Selbstverwaltung vorgenommen.

Die Amtszeit von Prof. Dr. Georg Geismann als Dekan endete mit Ablauf des Jahres 1992.

8. Teilt die Bundesregierung die Ansicht Geismanns, daß Wolffsohn bei seiner Kritik an den öffentlichen Hitler-Lesungen „sein jüdisches Deutschtum oder deutsches Judentum benutzt, um einen nichtjüdischen Deutschen oder deutschen Nichtjuden zu diffamieren“?

Die Bundesregierung teilt eine solche Ansicht nicht.

Prof. Dr. Georg Geismann hat inzwischen erklärt, die fragliche Äußerung sei aus einem größeren Zusammenhang gerissen, und hat bedauert, daß der Satz möglicherweise Mißdeutungen ausgesetzt sei.

9. Welche Reaktionen aus der rechtsextremen Presse auf diesen Vorfall sind der Bundesregierung bekannt?

Unter den vom Bundesministerium der Verteidigung bezogenen Zeitungen und Zeitschriften befinden sich keine rechtsextremen Publikationen. Dementsprechend sind keine Reaktionen aus diesen Publikationen auf diesen Vorfall bekannt.

10. Wodurch hat sich der Artikel Rangés in der Zeitschrift „Information für die Truppe“, Heft 3/92, „Auf gepackten Koffern“ nach Meinung der Bundesregierung ausgezeichnet?
 - a) Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß Rangé mit diesem Artikel Ängste vor Zuwanderern schürt?

Die „Information für die Truppe – Zeitschrift für Innere Führung“ ist Teil der Konzeption der Zeitschriften der Truppeninformation. Ihrer Zielsetzung entsprechend vermittelt sie grundlegende Informationen, die den Bereich der Inneren Führung betreffen, und behandelt Ereignisse und Entwicklungen, die unser Zeitgeschehen mitprägen. Insofern versteht sich die Zeitschrift auch als Seismograph für gesellschaftliche Entwicklungen, die sie sachlich und kritisch mit einem möglichst breit angelegten Meinungsspektrum begleitet.

Mit Entschiedenheit weist die Bundesregierung die Behauptung zurück, die „Information für die Truppe“ „propagiere Ausländerfeindlichkeit“ und ziehe „keinesfalls einen klaren Trennungstrich zum Rechtsextremismus“. Selbst bei „oberflächlicher Lektüre“ hätte man – Ernsthaftigkeit vorausgesetzt – unschwer erkennen können, daß eine solche Feststellung jeglicher sachlicher Begründung entbehrt, zumal ein derartiger Vorwurf in über 35 Jahren des Bestehens der „Information für die Truppe“ bislang nicht erhoben worden ist. In Heft 3/92 wurden unter der Rubrik „Zeitfragen“ die Themen „Migration“ und „Ausländer in Deutschland“ in Beiträgen des „Welt“-Redakteurs Clemens Range, des stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion der CDU/CSU des Deutschen Bundestages, Dr. Heiner Geißler, sowie in zwei Schaubildern der Agentur Globus behandelt. Unter der Rubrik „Stichwort“ wurden zum „Asylrecht“ Erläuterungen gegeben. Alle Beiträge stehen in einem inhaltlichen Zusammenhang.

Der angesprochene Artikel „Auf gepackten Koffern“ von Clemens Range basiert auf öffentlich zugänglichen, im wesentlichen von staatlichen Stellen herausgegebenen Informationsmaterialien. Der Beitrag ist ein Sachstandsbericht zu Gründen von Migration und den möglichen Folgen.

Die Sachlichkeit aller Beiträge, einschließlich des Artikels von Range, ermöglicht es dem Leser, ausreichende Kenntnisse zu erwerben, um daraus ein eigenes Urteil zu bilden. Ein Schüren von Ängsten vor Zuwanderern ist daraus nicht abzuleiten.

- b) Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich Range dabei auf das Buch des Berliner REP-Landesvorsitzenden gestützt hat?

Der zweizeilige Literaturhinweis auf den Buchtitel „Die Invasion der Armen“ von Jan Werner, erschienen im Herbst 1991 im Hase und Köhler Verlag, Mainz, der im Anschluß an den Beitrag von Clemens Range (Seite 37) veröffentlicht ist, berücksichtigt eine seinerzeit aktuelle Neuerscheinung.

Die in den Medien „DIE WELT“, „Wirtschaftsnachrichten“, „Rheinische Post“ und „Deutsche Welle“ veröffentlichten ausführlichen Rezensionen bescheinigen dem Buch eine provozierende, aber um Objektivität bemühte Darstellung von Entwicklungshilfe und Asyl. Clemens Range hat seinen Beitrag nicht auf dieses Buch abgestützt.

11. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, daß in der Zeitschrift „Information für die Truppe“ Artikel und Buchhinweise erscheinen, die die „Leistungen“ der Nazi-Wehrmacht salonfähig machen?

Die Bundesregierung verwahrt sich gegen die in dieser Frage steckende Diffamierung der Bundeswehr.

Im Jahr 1992 wurden in der Zeitschrift „Information für die Truppe“ 26 Beiträge unter der Rubrik „Geschichte“ veröffentlicht. Zwei Artikel behandeln historische Ereignisse des Dritten Reiches. Leistungen der Wehrmacht sind hierin nicht thematisiert. Im selben Jahr hat die „Information für die Truppe“ 41 Annotationen von neu erschienenen Büchern veröffentlicht, die etwa 20 unterschiedliche Themenbereiche abdecken. Die Zeit des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges ist durch fünf Annotationen vertreten. Hierbei handelt es sich im wesentlichen um Themen der Seelsorge und um Briefe von Soldaten.

- a) Wie viele Kasernen sind nach welchen Angehörigen der Wehrmacht benannt (ausgenommen diejenigen des 20. Juli)?

Von den derzeit rund 500 als Truppenunterkünfte genutzten Kasernen der Bundeswehr sind insgesamt 30 nach Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht benannt, die nicht dem militärischen

Widerstand gegen den Nationalsozialismus zugeordnet werden können. Die Namensgeber dieser Kasernen sind:

- Peter Bamm (Schriftstellerpseudonym des Stabsarztes Dr. Curt Emmrich),
- General Kurt von Briesen,
- Generaloberst Eduard Dietl,
- Generaloberst Werner Freiherr von Fritsch (Namensgeber von fünf Kasernen),
- General Carl Henke,
- Unteroffizier Bernhard Hülsmann,
- General Hans Hüttner,
- General Rudolf Konrad,
- General Josef Kübler,
- Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb,
- Oberst Helmut Lent,
- Feldwebel Diedrich Lilienthal,
- Hauptmann Hans-Joachim Marseille,
- General Wolfgang Martini,
- General Gerhard Medem,
- Oberst Werner Mölders (Namensgeber von zwei Kasernen),
- General Jakob Ohnacker,
- Generaloberst Günther Rüdell,
- General Hans-Georg von Seidel,
- Oberfeldarzt Dr. Baptist Ritter von Scheuring,
- Oberfeldwebel Josef Schreiber,
- General Adalbert Schulz,
- General Günter Schwartzkopff,
- Generaloberst Hubert Weise,
- General Walter Wever.

- b) Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen einer Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, diese Kasernen unverzüglich umzubenennen?

Die zum überwiegenden Teil bereits vor mehr als 20 Jahren nach den o. a. Namensgebern durchgeführten Kasernenbenennungen erfolgten ausschließlich in Würdigung ihrer soldatischen Leistungen. Die Bundesregierung sieht daher keinen Zusammenhang zwischen diesen Namensgebungen und den heutigen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus.

Der Bundesminister der Verteidigung, dem die Benennung der Kasernen der Bundeswehr obliegt, wird sich jedoch grundsätzlich einem Antrag auf Umbenennung nicht verschließen, wenn – wie es die hierzu festgelegten Bestimmungen vorsehen – die zuständigen kommunalen Gremien des Standortes und die betroffene Truppe einvernehmlich einen entsprechenden Wunsch äußern und eine andere Namensgebung vorschlagen.

12. Ist der Bundesregierung bekannt, daß z. B. in dieser Zeitschrift (5/92) darüber diskutiert wird, daß der „Rußlandfeldzug“ ein „Präventivkrieg“ war, und wie bewertet sie dies?

Eine Diskussion darüber, ob der „Rußlandfeldzug“ Hitlers ein „Präventivkrieg“ war, hat in der „Information für die Truppe“ nicht stattgefunden.

In der Ausgabe 6/91 sind aus Anlaß des 50. Jahrestages des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion („Unternehmen Barbarossa“) zwei Beiträge einschlägig ausgewiesener russischer und deutscher Historiker veröffentlicht worden, in denen die These des Präventivkrieges wissenschaftlich zurückgewiesen wird. Diesen Artikeln schließt sich ein ausführliches Literaturverzeichnis an, das die Breite der wissenschaftlichen Diskussion abdeckt.

In der Ausgabe 5/92 hat Hauptmann d. R. Hans-Justus Kreker in einem Leserbrief zum Beitrag von Sören Roos über Hitlers Kriegserklärung an die USA (Ausgabe 12/91) in einem Nebensatz zum Thema Präventivkrieg Stellung genommen. Er verweist hierbei auf einschlägige Literatur und schließt mit dem Hinweis ab, daß „die sowjetischen Archive, so sie denn einmal zugänglich sein werden, noch manche Überraschungen bringen könnten“.

13. Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß Alfred Schickel der geeignete Mann ist, Soldaten zeitgeschichtliche Themen nahezubringen, und wenn ja, womit begründet sie dies?

Für die „Information für die Truppe“ schreiben etwa 150 Autoren aus Bundeswehr, Politik, Wissenschaft und Publizistik. In der Regel haben sich diese durch eine Vielzahl von Veröffentlichungen in der Weise ausgewiesen, daß sie die Pluralität der Meinungen dieser Gesellschaft abdecken, nicht jedoch extremistische Positionen des linken und rechten Spektrums. Dies ist von den im Parlament vertretenen demokratischen Parteien seit Bestehen der Zeitschrift anerkannt worden.

Der einschlägig ausgewiesene Historiker, Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle und Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande (1989), Dr. Alfred Schickel, gehört zu diesem Autorenkreis. Es liegen keinerlei Erkenntnisse vor, die Veranlassung geben, Beiträge dieses Autors nicht in einer Zeitschrift der Truppeninformation zu veröffentlichen.

14. Hat die Bundesregierung Kenntnisse über Verbindungen von Führungsoffizieren der Bundeswehr zum rechtsextremistischen Lager, und wenn ja, welche?

Der Begriff „Führungsoffiziere“ ist in der Bundeswehr nicht gebräuchlich. Als „Führungsoffiziere“ wurden bestimmte Mitarbeiter der Nachrichtendienste der ehemaligen DDR bezeichnet.

15. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über rechtsextreme Aktivitäten innerhalb der Bundeswehr?
16. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über weitere rechtsextreme Aktivitäten von Bundeswehrangehörigen außerhalb ihres Dienstes?

Innerhalb und außerhalb der Bundeswehr haben sich Soldaten vereinzelt durch ihr Verhalten, insbesondere durch Äußerungen, Kleidung oder durch das Zeigen von entsprechenden Symbolen, dem Verdacht ausgesetzt, rechtsextremem Gedankengut nahezustehen.

In Einzelfällen haben sich Soldaten der Bundeswehr in ihrer Freizeit an rechtsradikalen bzw. fremdenfeindlichen Ausschreitungen beteiligt.

Im Vergleich zum Personalumfang der Streitkräfte macht die Anzahl der beteiligten Soldaten deutlich, daß ihr Verhalten in keiner Weise ein Spiegelbild der Truppe ist.

17. Wie viele Waffen, wieviel Munition und Sprengstoff aus Bundeswehrbeständen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten zehn Jahren entwendet worden (bitte nach Art der Waffen, der Munition und des Sprengstoffs und Jahren auflisten)?

Statistische Angaben über den Umfang von Unterbeständen an Waffen und Munition liegen im Rahmen der Auswertung „Besonderer Vorkommnisse“ mit nachfolgenden Angaben seit 1987 vor:

Unterbestände von Waffen und Munition	1987	1988	1989	1990	1991	1992 (bis 11/92)
Gewehre	13	6	6	5	30	10
Pistolen	12	16	10	13	96	22
Maschinenpistolen	4	3	2	4	11	3
Maschinengewehre	1	2	0	4	1	3
Signalpistolen	16	13	8	13	17	3
Handgranaten, Sprengkörper	687	286	123	540	1 084	4
Munition	10 041	4 527	8 222	21 695	35 456	19 705

Die statistische Erfassung Dezember 1992 (u. a. Waffendiebstahl in Geltow) ist noch nicht abgeschlossen.

Die Masse der Unterbestände wurde aus Anlaß systematischer Bestandsprüfungen im Jahr 1991 im Bereich der neuen Bundesländer festgestellt. Bestandsdifferenzen müssen dabei nicht zwingend Verlust/Zugriff Unbefugter bedeuten, da sie z. T., bedingt durch das kurzfristige Zusammenführen der Bestände von Stasi und Kampftruppen, auch auf eine unzulängliche Nachweisführung zum Zeitpunkt der Übernahme zurückzuführen sind.

18. In wie vielen Fällen konnte ermittelt werden, daß gestohlene Waffen, Munition, Sprengstoff usw. aus Bundeswehrbeständen bei Rechtsextremisten auftauchten und bei Anschlägen verwendet wurden?

Im Rahmen des kriminalpolizeilichen Meldedienstes Staatsschutz (KPM-D-S) sowie aufgrund eigener Ermittlungen sind dem BKA in der Vergangenheit vereinzelt Sachverhalte bekanntgeworden, nach denen bei Angehörigen rechtsextremistischer Organisatio-

nen Waffen und/oder Munition bzw. Munitionsteile aus Beständen der Bundeswehr in kleinerer Stückzahl gefunden worden sind. Die Zahl derartiger Fälle läßt sich wegen der personenorientierten Erfassungs- und Auswertungsstruktur des KPMD-S nicht feststellen. Eine systematische Recherche hinsichtlich verwendbarer und/oder aufgefundener Tatmittel bzw. in bezug auf deren Herkunft ist nicht möglich.

Erkenntnisse über größere und systematische Beschaffungsaktionen in Verfolgung rechtsextremistischer/rechtsterroristischer Zielsetzung liegen aus den letzten Jahren nicht vor.

19. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen und ergreift sie, um die Öffentlichkeit über das rechtsextreme Treiben von Soldaten und Offizieren aufzuklären?

Die Bundesregierung weist die Unterstellung zurück, es gäbe ein rechtsextremes Treiben von Soldaten und Offizieren der Bundeswehr. Im übrigen wird auf die Antworten zu Fragen 1 und 5 verwiesen.

20. Versuchen Rechtsextremisten gezielt auf Angehörige der Bundeswehr einzuwirken, und wenn ja, mit welchen Mitteln (wie Zeitungen und Flugblättern) geschieht dies?

Das gesamtgesellschaftliche Problem Rechtsextremismus wirkt auch in die Bundeswehr hinein, die Teil dieser Gesellschaft und besonders als Wehrpflichtarmee ein Spiegelbild der Gesellschaft ist. Der Versuch einer gezielten Einwirkung rechtsextremistischer Parteien/Organisationen auf Bundeswehrangehörige ist jedoch nicht festzustellen. Im übrigen verweise ich auf die Beantwortung der Frage 15.

